

Teure Brühe

Bergbau Die RAG soll kein mit PCB belastetes Grubenwasser mehr in Flüsse einleiten dürfen. Sie muss Filteranlagen für Millionen Kubikmeter Wasser bauen.

Die Bergbaumanager der RAG lieben pathetische Ankündigungen und große Versprechen. Daran hat sich auch zwei Jahre vor dem endgültigen Aus der Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet nicht viel geändert. „Mit dem Bergbau endet nicht die Verantwortung“, lässt RAG-Konzernchef Bernd Tönjes auf der Homepage des Unternehmens in großen Lettern verkünden. Das gelte für die Region, die Arbeitnehmer und natürlich auch für die Umwelt.

Die Realität sieht anders aus – und zwar deutlich. Seit gut zwei Jahren weiß die RAG durch Recherchen des SPIEGEL, dass in ihren Bergwerken 10 000 Tonnen hochgiftiges PCB lagern, in Form von nicht ordnungsgemäß entsorgten Hydraulikölen. Und seitdem wissen ihre Manager auch, dass die Gesundheit Tausender Menschen an Rhein und Ruhr gefährdet ist, weil nach Schließung der Bergwerke das Grubenwasser ansteigt und so immer größere Mengen des Gifts in Flüsse und Oberflächengewässer gelangen.

Doch anstatt sich der Verantwortung zu stellen und Natur und Umwelt, soweit es geht, zu schützen, spielen die RAG-Manager das Problem bei jeder sich bietenden Gelegenheit herunter. Die bislang nachge-

wiesenen PCB-Konzentrationen, behaupten sie, seien zu gering, um die enormen Investitionen zu rechtfertigen, die notwendig wären, das Wasser zu reinigen.

Die Argumentation ist nicht nur falsch, weil die RAG bewusst zweifelhafte Messungen heranzieht. Sie dürfte den RAG-Chefs nun auch nicht mehr sehr lange helfen. Denn wenige Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist der grüne Umweltminister Johannes Remmel entschlossen, der RAG die Einleitung ihrer hochgiftigen Fracht in NRW-Gewässer zu untersagen.

Schon vor Monaten hat er deshalb ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen nun vor. Sie sind beschämend für den einst größten EU-Kohlekonzern mit Sitz in Essen.

Denn die Gutachter lassen keinerlei Zweifel aufkommen, dass die PCB-Konzentration in den von der RAG eingeleiteten Grubenwässern schon heute oft weit über dem zulässigen Grenzwert liegt und dass die Belastung in den nächsten Jahren weiter ansteigen dürfte.

Die Reinigung des Grubenwassers halten sie für technisch möglich – und zwar mit deutlich geringerem Aufwand, als die RAG bislang behauptet hat. Mehr als 97 Prozent des heute in die Flüsse geleiteten Gifts, heißt es in dem Gutachten, könnten problemlos ausgefiltert werden.

Dazu müssten an den Einleit- und Pumpstationen der Bergwerke zwar große Wasserrückhaltebecken gebaut und mit Aktivkohlefiltern ausgestattet werden. Doch die Kosten dafür sind weit von den Horrorszenarien entfernt, mit denen die RAG den Bau solcher Filteranlagen abwehren wollte.

So veranschlagen die Gutachter Investitionen von bis zu 50 Millionen Euro für drei Anlagen. Auch der Unterhalt der Filtertechnik dürfte deutlich günstiger wer-

den als bislang angenommen. Je nach Ausbaustufe würde die Aufbereitung von bis zu 105 Millionen Kubikmeter Grubenwasser zwischen 8,5 und 47 Millionen Euro jährlich kosten.

Das ist eine stolze Summe, zumal es Jahrzehnte dauern kann, bis die PCB-Konzentration so weit gefallen ist, dass man die Filter möglicherweise wieder abstellen kann. Den RAG-Managern dürfte sie jedoch trotzdem keine schlaflosen Nächte bereiten.

Genau für solche Ewigkeitslasten des Bergbaus wurde nämlich vor Jahren bereits eine Stiftung gegründet. Sie wird von dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Werner Müller geleitet. Er hat das Vermögen durch geschickte Investitionen und Anlage von damals rund 10 auf inzwischen mehr als 16 Milliarden Euro vermehrt.

Viel gravierender dürfte sich für die RAG auswirken, dass sie mit ihrem Zögern und ihrer Hinhaltetaktik in Sachen PCB Vertrauen in der Politik verspielt und das Klima nachhaltig vergiftet hat. So will Remmel die bisherige Planung der sehr kohlenahen Bergämter zur Schließung der Zechen nicht mehr akzeptieren. Der geplante Wiederanstieg von Millionen Kubikmeter Grubenwasser habe weitreichende ökonomische und ökologische Folgen für eine ganze Region mit Millionen Einwohnern, hat er seinen Beamten erklärt. Deshalb müssten die Menschen auch beteiligt werden.

Der Umweltminister will ein Planfeststellungsverfahren mit dazugehöriger Umweltverträglichkeitsprüfung einleiten. Alle erdenklichen Auswirkungen der Zechenstilllegungen auf Flüsse, Böden und Landschaft sollten neu begutachtet werden. Einen entsprechenden Arbeitsauftrag hat Remmel bereits an seine Fachabteilung gegeben.

Für die RAG wäre das ein GAU. Dann müssten in nahezu allen Gemeinden des Ruhrgebiets sämtliche bislang geheimen Planungsunterlagen offengelegt werden. Bergbauopfer und Umweltschützer könnten Bedenken, Einsprüche und Klagen formulieren.

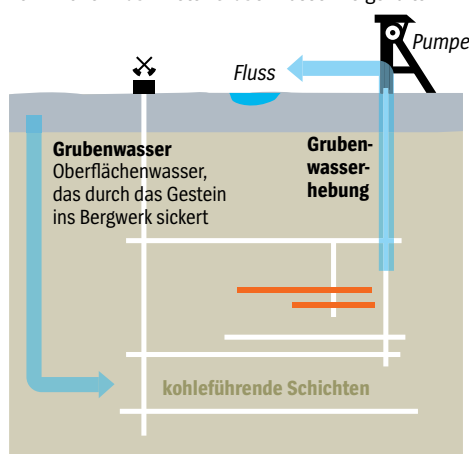
Unter drei Jahren, schätzen Experten, wäre das selbst im günstigsten Fall nicht zu machen. In dieser Zeit müsste der Konzern seine Zechen offen halten und dürfte die teuren Pumpen nicht abstellen, mit denen er heute den Wasserstand im ganzen Ruhrgebiet auf einem niedrigen Niveau hält.

Das Ende des Steinkohlenbergbaus im Jahr 2018 wäre damit schon wieder Geschichte. Die vielen „Glückauf Zukunft“-Veranstaltungen, mit denen die RAG das Ereignis feiern wollte, müssten vielleicht noch einmal verschoben werden.

Frank Dohmen, Barbara Schmid

Gefährliche Altlast

Im Ruhrgebiet werden die stillgelegten Zechen des Kohlebergbaus durch Pumpen jährlich von rund 70 Millionen Kubikmeter Grubenwasser freigehalten.



Wird die Wasserhebung eingeschränkt, steigt das Grubenwasser an. Es besteht das Risiko, dass Schadstoffe in das Grund- und Oberflächenwasser gelangen.

